

INVESTITIONSRADAR: INVESTIEREN ODER VERLIEREN

Die ab 2021 erhoffte wirtschaftliche Erholung ist stark von der Entwicklung der Investitionen abhängig. Investitionen schaffen die Voraussetzungen für nachhaltiges Wirtschaftswachstum in einer Volkswirtschaft und den Wohlstand von morgen. Investitionen sind jedoch besonders sensibel gegenüber konjunkturellen Schwankungen und wirtschaftlicher Unsicherheit. Deshalb sind sowohl in als auch nach Krisenzeiten gezielte Investitionsanreize notwendig, um einen Investitionsstau bzw. ein Investitionsdefizit nachhaltig zu verhindern.

Wenn ein Unternehmen investiert, basiert das auf wohlüberlegten Entscheidungen. Es geht um Modernisierungen, aber auch um mehr Wirtschaftlichkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz im Betrieb. Damit sind Investitionen die Voraussetzung für neue Arbeitsplätze und Innovation. Weil sie jedoch auch eine finanzielle Belastung darstellen, variiert Investitionsbereitschaft auch stark mit wirtschaftlicher Unsicherheit.

Diese Analyse behandelt die Entwicklung der Investitionen in Österreich und zeigt auf, welche Maßnahmen nötig sind, um mithilfe von Investitionen aus der Krise herauszuwachsen:

- Der Beitrag zum Wirtschaftswachstum der Investitionen in Österreich ist im Zuge der COVID-19-Krise stark eingebrochen. Es dauerte infolge der Finanzkrise (2009/10) bis 2015, bis die Investitionen wieder ihr Vorkrisenniveau erreichten. Die daraus gewonnene Erfahrung muss nun genutzt werden, damit die Investitionen schnell wieder auf das Vorkrisenniveau und darüber hinaus wachsen.
- 87 % der Investitionen in Österreich sind private Investitionen, die besonders von der aktuellen Krise betroffen sind. Die Beseitigung von investitionshemmenden Rahmenbedingungen kann wie ein Konjunkturprogramm wirken.
- Die Investitionsquote in Österreich lag auch 2019 noch unter dem Niveau des Jahres 2000. Langfristig verliert Österreich einen Wettbewerbsvorteil, wenn sich die Investitionen wenig dynamisch entwickeln. Andere Länder wie beispielweise Schweden oder Neuseeland konnten ihre Investitionen stärker steigern.
- Investitionen wirken sich positiv auf die Produktivitätsentwicklung aus, allerdings konnte Österreich hier seit 2008 nicht mit der Schweiz und Deutschland mithalten. Eine Steigerung der Produktivität ist wichtig, um Wirtschaftswachstum und Reallohnsteigerungen bei konstanter Erwerbsbevölkerung zu sichern.

Wachstumstreiber deutlich von Krise betroffen

Was versteht man unter Investitionen?

Spricht man von Investitionen, sind meistens Bruttoanlageinvestitionen gemeint. Diese umfassen den Kauf und Verkauf von Sachanlagen wie z.B. Gebäude, Maschinen oder Fahrzeuge, aber auch von immateriellen Anlagegütern wie z.B. Software und Urheberrechte. Diese so genannten Anlagegüter werden kontinuierlich und länger als ein Jahr im Produktionsprozess eingesetzt.

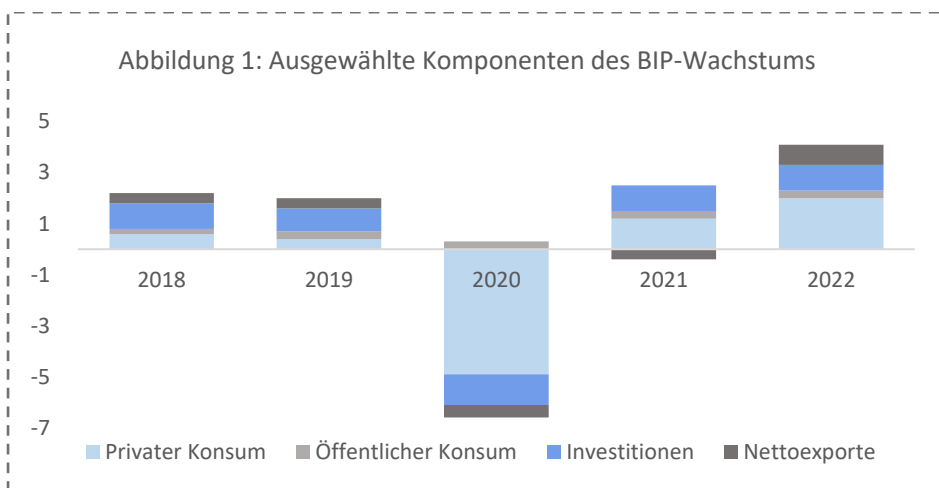
Verlorene Jahre durch die Wirtschaftskrise:

Erst **2015**

erreichte Österreich wieder das Investitionsniveau von 2008.

Die COVID-19-Krise führte 2020 zu einem deutlichen Rückgang der Wachstumstreiber. Als einzige Ausnahme erwies sich der öffentliche Konsum, dessen Beitrag jedoch bei Weitem nicht ausreichte, um den Einbruch bei den anderen Komponenten wettzumachen. Wie in Abbildung 1 dargestellt, ist der Wachstumsbeitrag des privaten Konsums mit -4,9 Prozentpunkten für mehr als 75 % des BIP-Rückgangs verantwortlich. Der Rückgang der Investitionen liegt mit -1,2 Prozentpunkten auf dem zweiten Platz und damit noch vor dem Rückgang der Nettoexporte mit -0,5 Prozentpunkten (WIFO, 2021b).

Das Bruttoinlandsprodukt ist
2020 um **- 6,6 %**
geschrumpft



Die weitere Entwicklung der Investitionen ist insofern von besonderer Bedeutung, da Investitionen es ermöglichen, das verlorene Wachstum nach der Pandemie wieder aufzuholen. Darüber hinaus sichern Investitionen heute, dass die für Österreich wichtigen Nettoexporte sich auch in Zukunft positiv auf das BIP-Wachstum auswirken. Unternehmen aus Österreich bleiben auf den internationalen Märkten nur wettbewerbsfähig, wenn sie klug investieren und dadurch ihre Produktivität erhöhen. Bleiben Investitionen aus, erodiert das Fundament, auf dem der Wachstumsbeitrag von Exporten steht.

Zweiter und Dritter Lockdown
trüben Wachstumsaussichten
der Investitionen für
2021

Aufschwung im Jahr 2021 noch ungewiss

Der zweite und dritte Lockdown haben in Österreich zu einem im EU-Vergleich überdurchschnittlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung geführt, was auch die Wachstumsaussichten für 2021 trübt. Laut dem jüngsten „Konjunktur aktuell“- Bericht der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) sind für das erste Quartal 2021 kaum positive Wachstumsimpulse zu erwarten. Die OeNB rechnet deshalb nur mit einer schwachen wirtschaftlichen Erholung in Höhe von 2,2 % für das Jahr 2021. Zum Vergleich: im Dezember 2020 ging man noch von einem jährlichen realen BIP-Wachstum in Höhe von 3,6 % für das Jahr 2021 aus.

Prognosen für 2021 variieren, wie in Tabelle 1 zu sehen, deutlich. Besonders pessimistisch zeigt sich hier die OECD, sie prognostiziert ein Wirtschaftswachstum von nur 1,4 % für die österreichische Volkswirtschaft und liegt damit vergleichsweise nahe an der Vorhersage der Europäischen Kommission mit 2,0 %, welche bereits den dritten Lockdown berücksichtigt. Beim Wachstum der realen Bruttoanlageinvestitionen gibt es ebenfalls deutliche Meinungsverschiedenheiten. Während man beim WIFO in der

„Konjunkturprognose März 2021“ von einem jährlichen Wachstum in Höhe von 4 % ausgeht, rechnet man beim IHS mit nur 1,9 %.

Generell sind Prognosen in Krisenzeiten besonders unsicher. Es ist derzeit also unklar, inwiefern sich die Investitionen im Jahr 2021 erholen werden. Wie die Erfahrungen nach der Finanzkrise gezeigt haben, ist das Risiko, zu wenig zu tun, jedoch deutlich höher als jenes einer „Überförderung“, weshalb investitionsfördernde Maßnahmen auch in Bezug auf optimistische Prognosen zu empfehlen sind.

Im Zweifel sollte für investitionsfördernde Maßnahmen entschieden werden

Tabelle 1: Wachstumsprognosen für 2021 in % (2020)

Indikatoren (Zeitpunkt der Prognose)	IHS (März 2021)	WIFO (März 2021)	OECD (Dez. 2020)	Europäische Kommission (Nov. 2020 & Jän. 2021*)
Reales BIP-Wachstum	2,6 (-6,6)	2,3 (-6,6)	1,4 (-8,0)	2,0* (-7,4)*
Reale Bruttoanlageninvestitionen	2,7 (-4,9)	4,0 (-5,0)	1,9 (-7,0)	3,2 (-6,0)
Privater Konsum	4,4 (-9,6)	2,4 (-9,6)	2,9 (-7,9)	5,0 (-7,2)
Öffentlicher Konsum	1,5 (1,6)	1,4 (1,6)	1,2 (1,2)	1,5 (1,7)
Importe, real	8,4 (-10,2)	3,9 (-10,2)	3,9 (-12,7)	4,8 (-9,4)
Exporte, real	6,8 (-10,4)	2,8 (-10,4)	4,0 (-13,3)	5,5 (-11,5)

Quelle: IHS (2021); WIFO (2021a, Prognose für Öffnungsszenario); OECD (2020); Europäische Kommission (2020 & 2021)

Verhaltene Investitionspläne der Unternehmen

Fehlende Nachfrage, schwierige Finanzierungsbedingungen und Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Krise führen zu weniger Investitionen. Unsicherheit kann auch dazu führen, dass investitionsfördernde Maßnahmen eine geringere Wirkung aufweisen, wenn Unternehmen ihre geplanten Investitionen krisenbedingt verschieben. Der Grund dafür ist, dass Investitionen auf der Prioritätenliste nach hinten fallen, wenn die wirtschaftliche Zukunft oder sogar der Fortbestand des Unternehmens in Gefahr ist. Investitionen in fixes Kapital sind hier besonders anfällig, da sie vergleichsweise illiquide sind und es den Unternehmen erschweren, auf Nachfrageschocks zu reagieren. Die Erwartungen haben sich zwar nach dem anfänglichen Schock im März 2020 wieder verbessert, aber wie eine Umfrage der Europäischen Investitionsbank (EIB) gezeigt hat, ist ca. ein Drittel des Rückgangs der Investitionen im ersten Halbjahr 2020 auf erhöhte Unsicherheit zurückzuführen. Die Umfrage ergab ebenso, dass Fachkräftemangel für die österreichischen Unternehmen als ebenso großes Hindernis für mehr Investitionen gesehen wird wie Unsicherheit.

Unsicherheit und Fachkräftemangel größte **Hindernisse** für Investitionen

Ein weiteres interessantes Ergebnis ist, dass Unternehmenseigenschaften wie z. B. Größe, Alter oder Produktivitätswachstum keinen signifikanten Einfluss auf die Investitionspläne der europäischen Unternehmen haben. Sehr wohl eine Rolle spielt aber die Branche. Wenig überraschend werden die Investitionspläne am stärksten von den Unternehmen angepasst, die am stärksten von der Pandemie und den Lockdowns betroffen waren. Laut dem WIFO Konjunkturtest vom Oktober 2020 gaben 69 % aller befragten Unternehmen an, 2020 Investitionen geplant zu haben. Den größten relativen Anteil an Unternehmen mit geplanten Investitionen gab es in der Industrie mit 83 %, gefolgt vom Dienstleistungssektor mit 62 % und der Baubranche mit 58 %. Die Befragung ergab außerdem, dass etwa 45 % der befragten Unternehmen ihre Investitionspläne im Zuge der COVID-19-Krise nicht angepasst haben. Rund 43 % der Befragten gaben an, Investitionen verschoben zu haben und 20 % sagten mindestens einen Teil ihrer Investitionen komplett ab (Hölzl et al., 2020).

Industrie- unternehmen

investieren am häufigsten

Investitionsprämie zeigt deutliche Wirkung

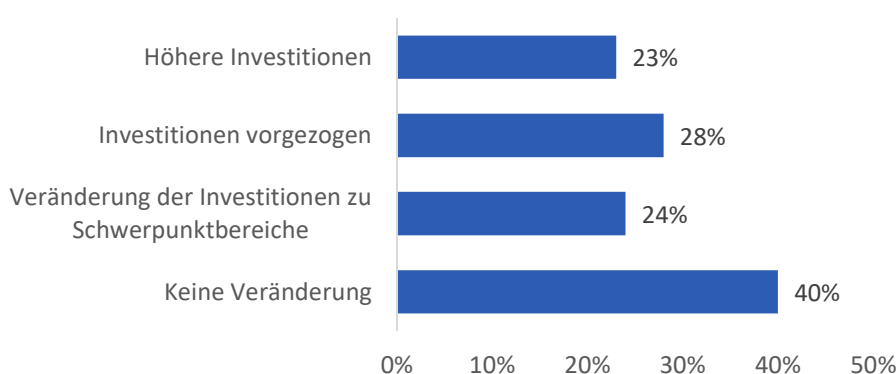
Dass die privaten Investitionen in Österreich nicht weiter eingebrochen sind, ist auch der von der Bundesregierung beschlossenen COVID-19-Investitionsprämie zu verdanken. Dabei handelt es sich um ein Förderprogramm für Neuinvestitionen in abnutzbares Anlagevermögen mit einer Förderhöhe von generell 7 % der förderfähigen Investitionen und 14 % für Investitionen in den Bereichen Ökologisierung, Digitalisierung und Gesundheit. Förderbar sind Investitionen mit einem Volumen zwischen 5000 und 50 Mio. Euro. Die Investitionsprämie soll nicht nur verhindern, dass Unternehmen Investitionen absagen, sondern auch Anreize schaffen, neue Investitionen in den Bereichen Ökologisierung, Digitalisierung und Gesundheit durchzuführen.

57 % der Unternehmen

nutzen
Investitionsprämie

In Bezug auf die Investitionsprämie hat der WIFO Konjunkturtest vom Oktober 2020 ergeben, dass rund 57 % der befragten 1403 Unternehmen die Investitionsprämie in Anspruch nehmen. Davon melden 60 %, dass sich die Investitionsprämie auf ihre Investitionspläne ausgewirkt hat und 23 % geben an, dass sie ihre Investitionen in Folge sogar erhöht haben (Hölzl et al., 2020).

Abbildung 2: Wie hat sich die Investitionsprämie auf das Investitionsverhalten Ihres Unternehmens ausgewirkt? (Umfrage)



Quelle: Hölzl et al. (2020), WIFO; n=764; Nur Unternehmen mit Investitionsprämie berücksichtigt.

Zombieunternehmen könnten Investitionsaussichten trüben

Man kann davon ausgehen, dass sich aufgrund der Hilfsmaßnahmen und infolge der durch die Pandemie veränderten Wirtschaftslandschaft ein Aufholbedarf an Unternehmensinsolvenzen aufgebaut hat. Berechnungen der OeNB (2021) zeigen bezüglich der Insolvenzrate einen deutlichen Effekt der Regierungsmaßnahmen auf. Ohne Hilfsmaßnahmen wäre die jährliche Insolvenzquote Ende 2020 auf 5,8 % gelegen. Dank der Maßnahmen lag die tatsächliche Insolvenzrate 2020 bei nur 2,1 %. Insgesamt sollen bis Ende 2022 30 % weniger Unternehmen insolvent sein, als dies ohne Maßnahmen der Fall gewesen wäre. Allerdings besteht auch das Risiko, dass durch staatliche Hilfen am Leben erhaltene Unternehmen, auch Zombieunternehmen genannt, Ressourcen in Anspruch nehmen, die sonst „gesunden“ Unternehmen zur Verfügung stehen würden. Damit belasten sie die Wirtschaftsleistung, weil sie weniger produktiv sind und Investitionen in und die Beschäftigung bei produktiveren Firmen senken.

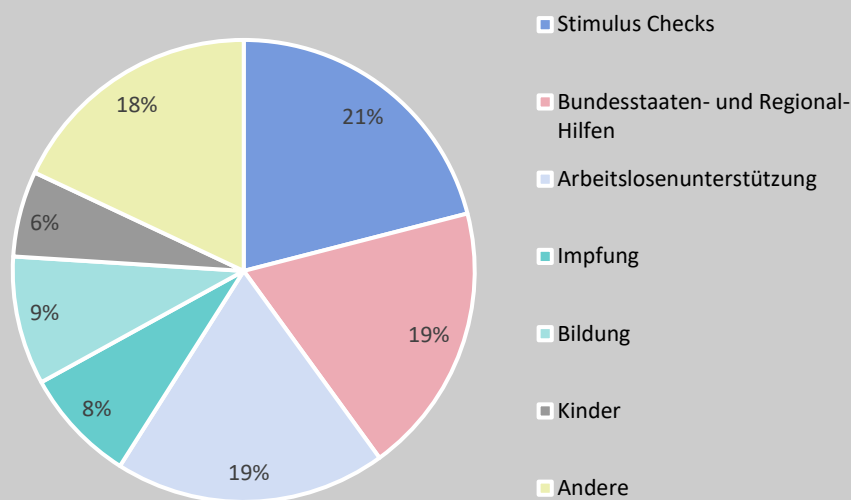
Österreich profitiert vom internationalen Wirtschaftsaufschwung

Positiv zu nennen ist die voraussichtlich gute wirtschaftliche Entwicklung in den USA und China. Davon profitieren vor allem stark exportorientierte Volkswirtschaften wie Österreich oder Deutschland. Besonders die USA verfolgt fiskalpolitisch eine viel aggressivere Strategie als die EU, was sich bei der wirtschaftlichen Erholung und der Entwicklung der Investitionen bemerkbar machen sollte. Bemerkenswert ist, dass die EU und USA zwischen 2000 und 2007 einen ähnlichen Wachstumspfad zurücklegten, die EU jedoch seit 2008 im Vergleich eine große Lücke bei den Investitionen entwickelte. Die EU läuft Gefahr, im Bereich Investitionen und infolgedessen beim Produktivitäts-wachstum weiter von den USA abgehängt zu werden.

**Investitions-
lücke** zwischen EU und
USA vergrößert sich weiter

Exkurs: American Rescue Plan

Während Europa in der Pandemie zu großen Teilen auf den Sozialstaat und automatische Stabilisatoren zurückgreifen konnte, reagierte man in USA mit teils unkonventionellen Hilfsmaßnahmen auf die Pandemie. Nach dem CARES-Act von der Regierung Donald Trump's im Jahr 2020, folgte im März 2021 das zweite große Hilfspaket. Das 1,9 Bill. US\$ schwere und „American Rescue Plan“ getaufte Paket der neuen US-Regierung ist wie folgt aufgebaut:



Quelle: US-Government

Obwohl ein großer Teil des Hilfspaketes als Katastrophenhilfe gedacht ist, wird es laut Schätzungen der OECD (2021) einen deutlichen stimulativen Effekt haben. Die USA sind die einzige bedeutende Volkswirtschaft, deren Wirtschaftswachstum für 2021 über dem Vorkrisentrend liegen dürfte. Davon profitiert auch Österreich, die OECD prognostiziert infolge des Konjunkturpaketes ein zusätzliches BIP-Wachstum von bis zu 0,5 % für die Eurozone.

Das nächste große Projekt der neuen US-Regierung dürfte der von Präsident Biden angekündigte „Build Back Better“-Plan sein. Dieser dürfte in seiner Größenordnung dem American Rescue Plan ähneln und sich Großteils auf Infrastruktur- und Klimaschutzinvestitionen beziehen. Es wird geschätzt, dass die USA derzeit eine Investitionslücke in Höhe von 2 Bill. US\$ in Bezug auf die Infrastruktur des Landes aufweisen (CFR, 2020). Allerdings bleibt abzuwarten, wie sich der Plan entwickelt und wann beziehungsweise ob er vom Kongress beschlossen werden wird.

American Rescue Plan
steigert BIP-
Wachstum der
 Eurozone um bis zu 0,5 %.

Langfristige Auswirkungen der Krise

Auch wenn die Pandemie bis Ende 2021 in Österreich weitgehend unter Kontrolle sein dürfte, werden die Folgen der Krise auch in den Jahren danach noch zu spüren sein. Viele Branchen werden sich nachhaltig verändern, und nicht alle Geschäftsmodelle werden noch im gleichen Ausmaß gefragt sein wie vor der Krise. Beispielsweise hat die Pandemie zu einer Beschleunigung in der Adaption von digitalen Technologien geführt. Investitionen in digitale Technologien sind für die Unternehmen aus Österreich unerlässlich, um in Zukunft nicht an Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren.

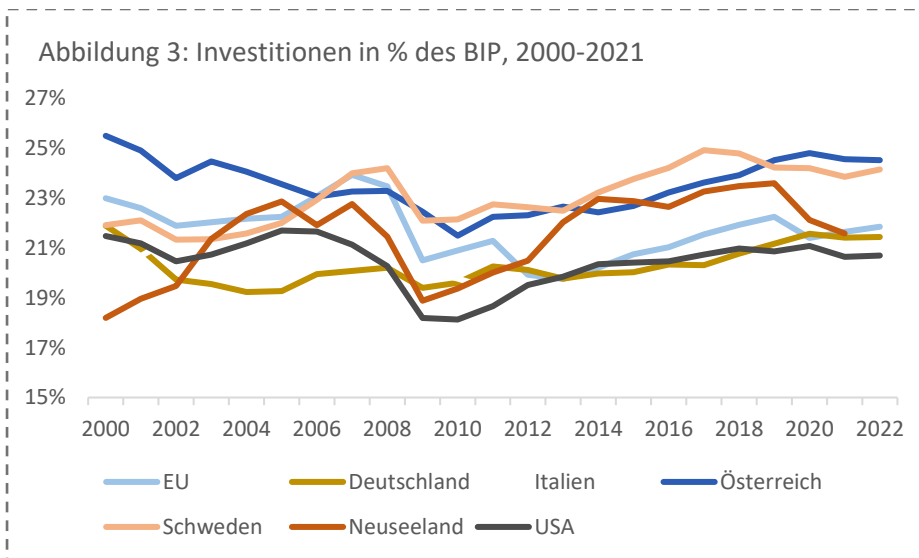
Österreichs Unternehmen sind sich dieser Tatsache immer deutlicher bewusst, was sich bereits in den Investitionsplänen niederschlägt (WIFO, 2020). Es bleibt abzuwarten, wie sich die krisenbedingten Verwerfungen im Welthandel langfristig auf

Pandemie verändert
Investitions-
pläne nachhaltig

die Wertschöpfungsketten der Unternehmen und deren Produktivität auswirken werden.

Gefahren für den Wettbewerbsvorteil

Österreich hatte in den frühen 2000ern eine relativ hohe Investitionsquote (Investitionen in % des BIP). Damit wurde das Fundament für eine gute wirtschaftliche Entwicklung in den folgenden Jahren gelegt. Die Investitionsquote ist danach stetig gesunken und hat 2010 infolge der Finanzkrise ihren Tiefpunkt erreicht. Österreich erreichte erst 2015 wieder das Niveau von 2008 und lag damit hinter Ländern wie Deutschland, Schweden oder Neuseeland. Auch das heimische Wirtschaftswachstum fiel in diesen Jahren nachweislich schwächer aus als in den genannten Ländern. Die Investitionsquote lag in Österreich 2019 noch immer einen Prozentpunkt unter dem Niveau von 2000. Die Gesamt-EU erreichte erst 2018 wieder das Vorkrisenniveau Italien (oder auch andere südliche EU-Länder) konnten den Einbruch durch die Krise noch immer nicht aufholen.



Quelle: Europäische Kommission, AMECO. Preise: 2015; Stand: März 2021

Um ihren kompetitiven Vorteil im Außenhandel beizubehalten, müssen sich Unternehmen hierzulande an veränderte Wettbewerbsbedingungen anpassen und klug in die Zukunft investieren. Laut einem aktuellen Bericht sind hier besonders die Herausforderungen für die Automobil- und Automobilzulieferer-Branche infolge der Umstellung auf E-Mobilität sowie die Sicherstellung der internationalen Wertschöpfungsketten hervorzuheben (WIFO, 2021b).

Der Bericht geht außerdem genauer auf die Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die Entwicklung der Investitionen und des Produktivitätswachstums ein. Man geht davon aus, dass die vorherrschende Unsicherheit und die daraus resultierenden geringeren F&E-Investitionen zu einem langfristig niedrigeren Produktivitätswachstum führen. Das Investitionswachstum im F&E-Bereich lag im Jahr 2020 nach vorläufigen Zahlen um 5 % unter dem Level von 2019. Die Verlangsamung hat insgesamt zwar nur zu einer Stagnation der F&E-Ausgaben für 2020 geführt, was jedoch ausreicht, um das erwartete Produktivitätswachstum und die Beschäftigungsaussichten langfristig zu verschlechtern. Investitionsfördernde politische Maßnahmen könnten diesem Verlust

F&E-Investitionen hängen mit höherem

Produktivitätswachstum

zusammen

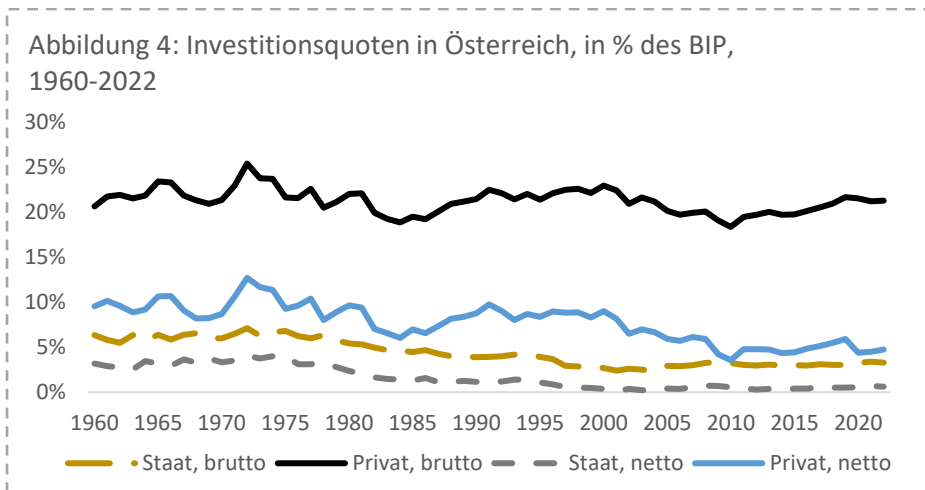
an Wettbewerbsfähigkeit entgegenwirken und sollten sowohl mit F&E-Förderung als auch der Bildungspolitik abgestimmt werden.

Private Investitionen deutlich von Krise betroffen

Der Einbruch der Investitionen im Jahr 2020 ist fast ausschließlich auf den Rückgang privater Investitionen zurückzuführen. Private Investitionen sind und waren in Österreich stets höher als jene des öffentlichen Sektors. Auch wenn die Investitionen in % des BIP seit 1960 in Österreich prinzipiell zurückgegangen sind, war der Rückgang der privaten Bruttoinvestitionen weniger stark als jener der staatlichen. Zwischen 2017 und 2022 machen durchschnittlich 87 % der Investitionsquote Österreichs private Investitionen aus und nur 13 % öffentliche Investitionen. Durch verbesserte Rahmenbedingungen für private Investitionen erzeugt man also eine viel stärkere Hebelwirkung auf die Konjunkturerwicklung als durch gesteigerte öffentliche Investitionen. Auch in der Krise können so die Investitionen in Österreich erhöht werden.

Einbruch der Investitionen 2020

fast ausschließlich auf den Rückgang privater Investitionen zurückzuführen



Quelle: Europäische Kommission, AMECO; Stand: November 2020; Nettoinvestitionen= Bruttoinvestitionen - Abschreibungen

Obwohl der Fokus auf der Stärkung der privaten Investitionen liegen sollte, darf man die Steigerung der Investitionsleistung des öffentlichen Sektors nicht aus den Augen verlieren. Wichtig ist, dass solange der budgetpolitische Wille in Österreich und der EU aufgrund der COVID-19-Krise noch gegeben ist, Maßnahmen zur Förderung von Investitionen gegenüber Konsum während der wirtschaftlichen Erholungsphase im Staatshaushalt Vorrang nehmen.

Exkurs: Infrastrukturinvestitionen und Public-Private-Partnerships (PPPs)

Infolge der Finanzkrise 2009/10 erlebte die EU einen kontinuierlichen Rückgang des Anteils der Infrastrukturinvestitionen am BIP, welcher erst 2018 wieder zu steigen begann. Obwohl auch der Anteil der öffentlichen Investitionen seit 2017 steigt, ist der Anstieg vor allem dem Privatsektor zu verdanken (EIB, 2021). Private und öffentliche Investitionen machen zusammen etwa 90 % aller Infrastrukturinvestitionen aus. Der Rest entfällt auf projektbasierte Investitionen, von denen etwa ein Drittel als PPPs durchgeführt werden. Ein Beispiel für eine solches Projekt in Österreich ist der Bau und Betrieb der Nordautobahn durch Bonaventura.

PPPs erlauben die Nutzung der Expertise privater Unternehmen bei Projekten, die ohne die Risikoübernahme durch den öffentlichen Sektor nicht umgesetzt werden würden. Die Unternehmen sichern die Finanzierung, während der Staat eine Garantie leistet. Der Staat hat weiterhin die Möglichkeit, Regulierungen zu bestimmen, und nach Ablauf des Vertrags geht das Projekt in den öffentlichen Besitz über. Im Jahr 2019 betrug das jährliche Investitionsvolumen von PPPs in der EU allerdings nur mehr ca. die Hälfte des Niveaus von 2007 (EIB, 2021).

Obwohl die Pandemie ein gestiegenes Interesse an Infrastrukturinvestitionen zur Ankurbelung der wirtschaftlichen Erholung ausgelöst hat, kann man an der weltweiten Finanzierungslücke in Höhe von 15 Bill. US\$ (laut Global Infrastructure Hub, 2021) sehen, wozu der öffentliche Sektor bis jetzt nicht im Stande war. Das Anlocken privater Investoren hat sich in der Vergangenheit oft als große Hürde erwiesen. Die Gründe dafür sind vielfältig, so ist z. B. die Zahl an PPPs weltweit rückläufig und somit auch die Optionen für Investoren.

Wie Global Infrastructure Hub berichtet, ist der private Beitrag in PPPs am Anteil der privaten Infrastrukturinvestitionen von 36 % in 2010 auf 28 % in 2019 gesunken. Und dies, obwohl Infrastrukturprojekte nach einer anfänglichen Hochrisikophase typischerweise langfristige, vorhersehbare und stabile Renditen bieten, wenn sie von staatlicher Seite reguliert oder in Auftrag gegeben werden. Damit dürften Infrastrukturprojekte ideal für Investoren sein, die ihre Hochrisiko-Portfolios diversifizieren wollen. Berechnungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) zeigen beispielweise, dass eine Steigerung der Infrastrukturinvestitionen in Höhe von 1 % des BIP der Industrie- und Entwicklungsländer im ersten Jahr ein zusätzliches Wachstum von 0,25 bis 0,5 % verursachen würde und der Effekt im zweiten Jahr bis zu viermal so groß ausfallen könnte.

Um die Partnerschaften mit privaten Investoren zu fördern, sind eine Vielzahl an Maßnahmen notwendig. Regierungen müssen eine klare Strategie verfolgen und die richtigen Projekte priorisieren. Infrastrukturprojekte sind oft politisch komplex und ziehen sich teilweise über mehrere Legislaturperioden hin. Regierungen sind hier gefragt, klare und einfache regulatorische Rahmenbedingungen und ein stabiles ökonomisches Umfeld zu schaffen, um das Vertrauen privater Investoren zu gewinnen. Wie dies funktionieren könnte, hat beispielweise Kanada aufgezeigt. Um Projekte unabhängiger von politischen Überlegungen zu machen, hat die kanadische Regierung 2017 eine eigenständige Infrastrukturbank gegründet, die Anspruch auf politische Unabhängigkeit hat und gemeinsam mit dem Privatsektor die Finanzierungen von Projekten sichert.

Fazit: In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass der öffentliche Sektor allein nicht in der Lage ist, den Bedarf an Infrastrukturinvestitionen zu decken. Um die Investitionslücke zu schließen, ist deshalb die Aktivierung von privatem Kapital unerlässlich. Das Fördern der Partnerschaften zwischen öffentlichem und privatem Sektor bietet eine Chance, sowohl zu kurzfristiger wirtschaftlicher Erholung als auch zum langfristigen wirtschaftlichen Erfolg beizutragen.

Weltweite Finanzierungslücke in Höhe von

15 Bill. US\$ bei

Infrastrukturinvestitionen

Eine Erhöhung der Infrastrukturinvestitionen um 1 % des BIP führen im ersten Jahr zu einem zusätzlichen Wirtschaftswachstum von **0,25 - 0,5 %** und im zweiten Jahr **1 - 2 %**

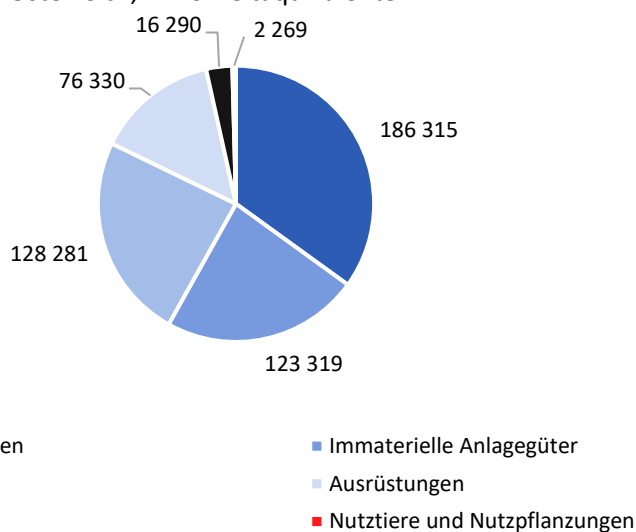
**Politische
Stabilität und
schnelle
Genehmigungsv
erfahren** schaffen

Vertrauen bei privaten Investoren

Investitionen schaffen Arbeitsplätze, Innovation und Wohlstand

Input-Output-Analysen zeigen, welche Effekte Investitionen in Österreich auf die Wertschöpfung, die Beschäftigung aber auch das Steueraufkommen haben. Es werden mehr als 530.000 Vollzeit-Arbeitsplätze durch die jährlichen Investitionen gesichert. Einen besonders hohen Anteil an der erzeugten Beschäftigung haben Investitionen in Gebäude (Wohnbauten und sonstige Bauten). Den zweitgrößten Effekt haben Investitionen in immaterielle Anlagegüter (z. B. Patente), was zeigt, dass auch die wissensbasierte Ökonomie starke Beschäftigungseffekte mit sich bringt.

Abbildung 5: Beschäftigungseffekte der jährlichen Investitionen in Österreich, in Vollzeitäquivalenten

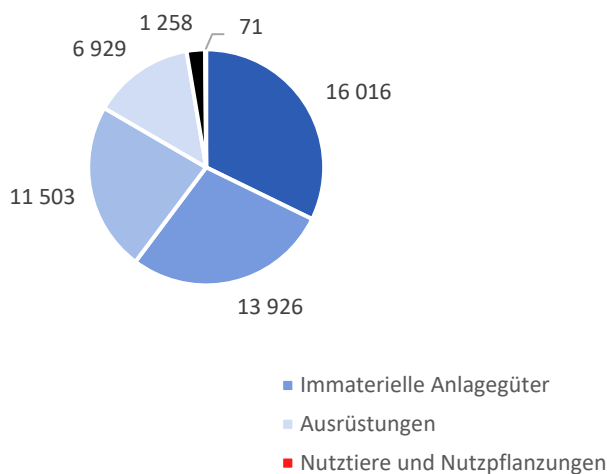


Quelle: Statistik Austria; WKÖ Statistik; IO Tabellen 2017.

Investitionen von Unternehmen in Österreich erzeugen auch Wertschöpfung

Die Wertschöpfung durch Bruttoanlageinvestitionen beträgt in Österreich etwa 50 Mrd. Euro, wovon der größte Teil auf Investitionen in Bauten fällt. Auch hier spielen aber auch Investitionen in immaterielle Anlagegüter eine wichtige Rolle. In diesem Bereich fällt knapp 14 Mrd. Euro an Wertschöpfung an.

Abbildung 6: Wertschöpfung durch Investitionen in Österreich, in Mio. Euro



Quelle: Statistik Austria; WKÖ Statistik; IO Tabellen 2017.

Die jährlichen Investitionen in immaterielle Anlagegüter schaffen über

120.000
Arbeitsplätze

Investitionen sichern mehr als

530.000
Arbeitsplätze in
Österreich

Investitionen in immaterielle Anlagegüter verursachten 2017 eine Wertschöpfung in

Höhe von **14 Mrd.**

Euro

Investitionen verursachen Steuereinnahmen. Entweder durch Steuern, die direkt im Investitionsprozess anfallen, durch Einkommensteuern von Personen, die im Zuge eines Investitionsprojektes beschäftigt werden oder durch erhöhte Mehrwertsteuereinnahmen. Laut eines Modells der Gesellschaft für angewandte Wirtschaftsforschung entsteht durch eine nicht genauer definierte Investition von 2 Mrd. Euro im Jahr 2021 in Österreich ein Steueraufkommen von 854 Mio. Euro über drei Jahre. Dieser Wert verändert sich je nachdem, in welchen Sektor investiert wird und wie hoch die Importquote der Investition ist.

Exkurs: Investitionen steigern die Arbeitsproduktivität

Maßnahmen, die die Investitionen bzw. die Sachkapitalbildung stärken, wirken sich positiv auf die Arbeitsproduktivität aus. Ein ebenso wichtiger Faktor zur Stärkung der Produktivitätsentwicklung ist der internationale Handel, da dadurch Wertschöpfungsketten vertieft und Spezialisierungen ermöglicht werden.

Das Wachstum der Arbeitsproduktivität hat sich in Österreich und den meisten anderen Industrieländern in den letzten Jahren deutlich abgeschwächt. Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise (2009/10) verzeichnete Österreich ein geringeres Produktivitätswachstum als z.B. Deutschland, die Schweiz oder die USA. Ein Grund dafür ist, dass ein wichtiger Bestandteil der Arbeitsproduktivität – die totale Faktorproduktivität (TFP) – langsamer wächst. Das TFP-Wachstum wird oft als Maß für den technischen Fortschritt verwendet und fällt in Europa geringer aus als in den USA.

Studien haben gezeigt, dass besonders Investitionen in Forschung und Entwicklung, aber auch Innovationen und technischer Fortschritt sich positiv auf das Produktivitätswachstum auswirken. In Volkswirtschaften, in denen die Erwerbsbevölkerung zurückgeht, ist das Produktivitätswachstum eine wichtige Voraussetzung, um Wohlstand, Wirtschaftswachstum und Reallohnsteigerungen zu ermöglichen, ohne international an Wettbewerbsfähigkeit einzubüßen.

Geistiges Eigentum gewinnt an Gewicht

Investitionen fließen in Österreich in verschiedene Typen von Anlagegütern. Zwischen 1996 und 2020 kam es teilweise zu starken Verlagerungen der Investitionsschwerpunkte. Der stärkste Zuwachs bestand bei Investitionen in geistiges Eigentum (immaterielle Vermögensgüter), die von 9,6 % aller Investitionen in 1996 auf 22,2 % in 2020 anstiegen. Das deutet darauf hin, dass sich Österreich zu einer wissensbasierten Informationsgesellschaft entwickelt hat. Ein Trend der auch in anderen Industrieländern beobachtbar ist. In Deutschland liegt der Anteil beispielweise bei 18,3 %, in Schweden bei 28,4 % und in Irland sogar bei 59,1 % (OECD, 2021).

Der stärkste relative Rückgang hat bei Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) stattgefunden (von 7,5 % in 1996 zu 4,9 % in 2020). Auch wenn Österreich EU-weit in diesem Bereich die dritthöchste Investitionsquote hat, ist der Rückgang bedenklich. Diese Investitionen sind wichtig, um die Digitalisierung in Österreich voranzutreiben und unsere digitale Infrastruktur zu verbessern. Allerdings ist der relative Rückgang auch auf einen deutlichen Preisverfall in diesem Sektor zurückzuführen, weshalb der Rückgang nicht automatisch zu geringeren Ergebnissen führt. Im Network Readiness Index (NRI), der ursprünglich vom World Economic Forum entwickelt wurde, lag Österreich 2020 auf Rang 18 von 134. Der NRI versucht anhand

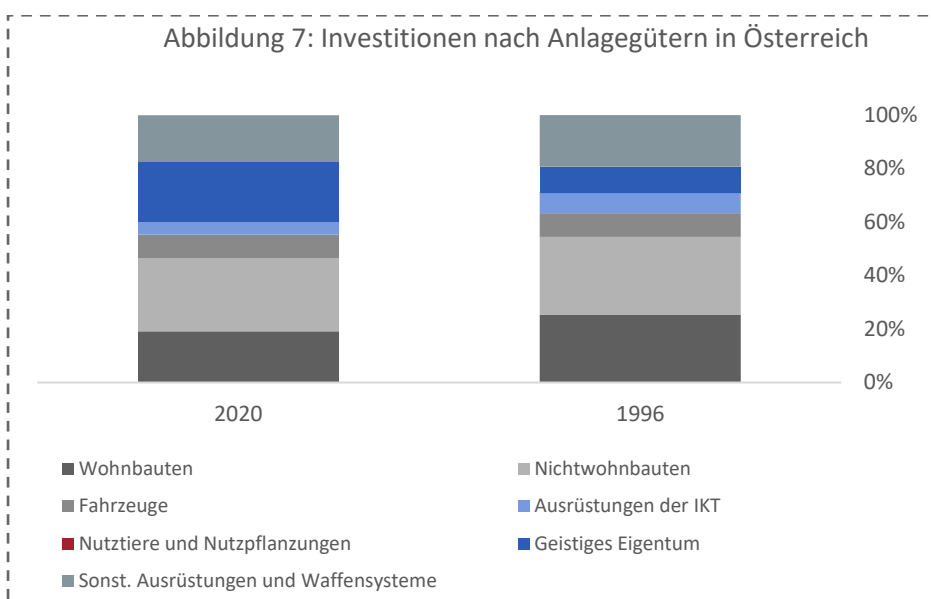
2020 betrug der Anteil der Investitionen in Österreich in geistiges Eigentum bereits

22,2 %

der Bereiche Technologie, Menschen, Governance und Auswirkung einzuschätzen, wie gut ein Land auf die digitale Transformation vorbereitet ist. Österreich hat damit, gemessen am BIP pro Kopf, eindeutig Aufholbedarf.

Besonders beim Glasfaserausbau liegt Österreich weit unter dem OECD- Durchschnitt. Der Glasfaserausbau kann als die Infrastrukturkomponente der IKT-Investitionen betrachtet werden und ermöglicht eine Vielzahl digitaler Dienstleistungen. Nur 3,3 % der stationären Breitbandanschlüsse werden in Österreich per Glasfaser realisiert, unser Land liegt damit auf Platz 35 der insgesamt 37 OECD-Mitgliedsstaaten. Länder wie Südkorea und Japan sind hier deutlich weiter und können bereits eine Glasfaserabdeckung von über 80 % vorweisen. Wenn Österreich bei wichtigen und auf schnelles Internet angewiesene Zukunftstechnologien wie Cloud-Computing oder automatisiertes Fahren nicht den Anschluss verlieren möchte, besteht hier ein dringender Aufholbedarf.

Österreich liegt beim Glasfaserausbau auf **Platz 35** der insgesamt 37 OECD Mitgliedsstaaten.



Quelle: Eurostat; WKÖ Statistik.

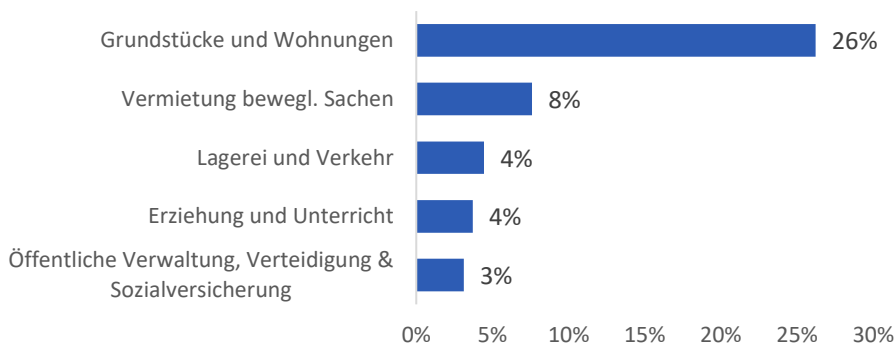
Auch der relative Anteil der Investitionen in Wohnbauten an den Gesamtinvestitionen in Österreich ging von 25,2 % im Jahr 1996 auf 19,2 % in 2020 stark zurück.

Grundstücks- und Wohnungswesen führend bei Investitionen

Obwohl Investitionen in Wohnbauten rückgängig sind, war das Grundstücks- und Wohnungswesen 2019 weiterhin der Wirtschaftszweig, der die höchsten Investitionen anlockte. Das impliziert, dass viele dieser Grundstücke ohne Verwendung bleiben. Diese Investitionen sind somit vorerst „unproduktiv“, jedoch wird die Nutzung von Gebäuden produktiver, wenn sie sich durch technologischen Fortschritt weiterentwickelt werden. Grundsätzlich ist jedoch davon auszugehen, dass Investitionen in den Grundstücks- und Wohnungssektor einen vergleichsweise geringen Beitrag zum Produktivitätswachstum leisten.

26,2 % aller Investitionen finden im Grundstücks- und Wohnungsbereich statt

Abbildung 8: Anteil der Top-5-Wirtschaftszweige an den Investitionen 2019

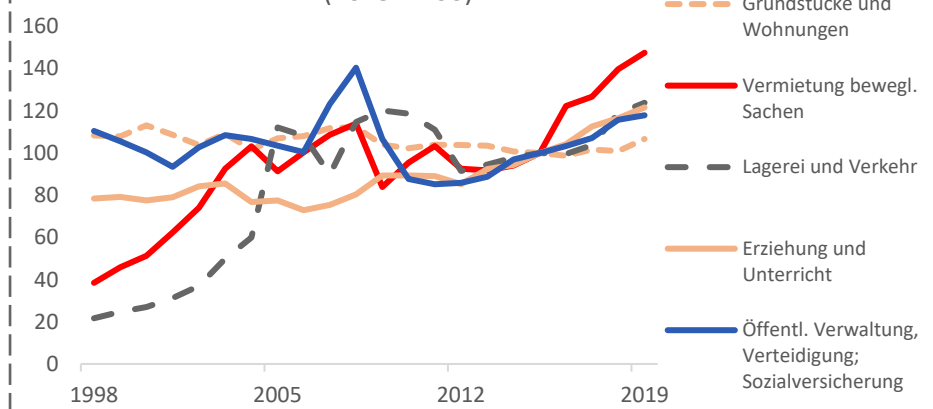


Quelle: Eurostat; WKÖ Statistik.

Die fünf wichtigsten Wirtschaftszweige vereinten 2019 insgesamt 45 % der gesamten Investitionen auf sich. 2010 waren es noch 49 %, was darauf hindeutet, dass sich die Investitionen in Österreich etwas diversifiziert haben. 55 % der Bruttoanlageinvestitionen stammen also aus Bereichen mit einem jeweiligen Anteil von weniger als 3 %. Wirtschaftspolitische Maßnahmen, die darauf abzielen, Investitionsanreize zu schaffen, könnten durch diese Tatsache erschwert werden, sollten die diversen Sektoren unterschiedlich auf derartige Anreize reagieren.

Investitionen in die führenden Wirtschaftszweige entwickelten sich seit 1996 sehr ungleichmäßig. Am stabilsten ist der stagnierende Trend im Grundstücks- und Wohnungswesen sowie die leicht steigende Entwicklung der Erziehung und des Unterrichts. Die Finanzdienstleistungen wurden 2019 von der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung als fünft größter Wirtschaftszweig in Bezug auf die Bruttoanlageinvestitionen abgelöst.

Abbildung 9: Reale Entwicklung der Top-5-Wirtschaftszweige (2015 = 100)

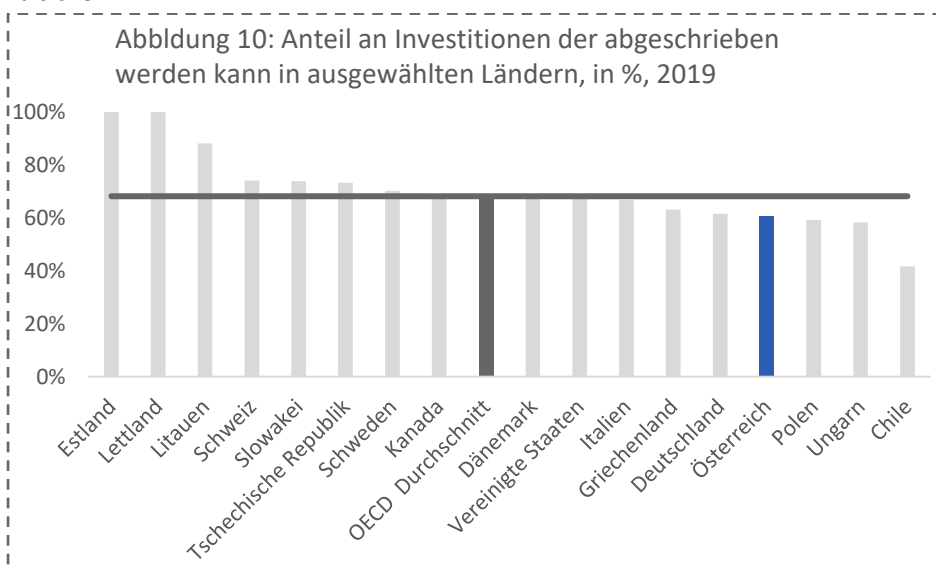


Quelle: Eurostat; WKÖ Statistik.

Finanzdienstleistungen nicht mehr unter den Top 5

Wichtige Verbesserungen bei Abschreibungen

Länder, die in den letzten Jahren stärker gewachsen sind, weisen auch einen höheren Anstieg bei den Investitionen auf. Dort gibt es mehr gezielte Anreize für Investitionen und insbesondere flexiblere Abschreibungsbedingungen, die sich stärker an der wirtschaftlichen Realität orientieren. 2019 lag der Anteil an Investitionen, die abgeschrieben werden können, in Österreich unter dem OECD-Schnitt und weit hinter den führenden Ländern. Die Schweiz, Estland oder Lettland haben z.B. bezüglich Abschreibungen ein attraktiveres Steuersystem als Österreich. Österreich hat 2020 durch die dauerhafte Einführung der degressiven Abschreibung und der beschleunigten Abschreibung bei Gebäuden wichtige Schritte unternommen, um in diesem Bereich wettbewerbsfähiger zu werden. Dadurch können im ersten Jahr einer Investition bis zu 30 % des Restbuchwertes abgeschrieben werden. Der positive eingeschlagene Pfad bei der Verbesserung der Abschreibungsregeln muss fortgesetzt werden, um Investitionen zu steigern, Wertschöpfung zu schaffen und Beschäftigung zu sichern.



Quelle: Asen und Bunn (2019): Capital Cost Recovery across the OECD; Tax Foundation.

FAZIT. Die Corona-Krise führte 2020 zu einem massiven Einbruch der privaten Investitionen in Österreich. Die Investitionsprämie hat sich als stabilisierendes Instrument für Betriebe und Standort erwiesen. Investitionen erhöhen die Produktivität, sichern Jobs und sind wichtiger Wachstumstreiber. Weitere Investitionsanreize sichern daher ein nachhaltiges Comeback der österreichischen Wirtschaft.

Referenzen

Crafts, N and Mills, T. 2017. 'Trend TFP Growth in the United States: Forecasts versus Outcomes'. London. Centre for Economic Policy Research.

Council on Foreign Affairs. 2020. The State of U.S. Infrastructure. <https://www.cfr.org/backgrounder/state-us-infrastructure>. zuletzt heruntergeladen am 10.05.2021.

EIB. 2018. EIB Investment Report 2018/2019: retooling Europe's economy. Luxembourg: European Investment Bank.

Institut für höhere Studien. 2021. Prognose der österreichischen Wirtschaft 2021–2022 - Wirtschaft zurück auf Wachstumskurs.

Eine hohe Investitionsquote hängt mit einem hohen

Wirtschaftswachstum zusammen

Puhr, Claus; Schneideri Martin. 2020. Have mitigating measures helped prevent insolvencies in Austria amid the COVID-19 pandemic?. OeNB.

Weyerstraß, K. 2017. Der Einfluss der Investitionen auf die Arbeitsproduktivität. Wirtschaftspolitische Blätter. Issue 1.

WIFO. 2020. Umsatzentwicklung, Investitionsverhalten und Erwartungen bezüglich der Normalisierung. Ergebnisse der vierten Sonderbefragung zur COVID-19-Krise im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2020.

WIFO. 2021a. Konjunkturprognose März 2021.

WIFO. 2021b. A WIFO Radar of Competitiveness for the Austrian Economy. WIFO Reports on Austria, 2021, (3).

Medieninhaber/Herausgeber: Wirtschaftskammer Österreich, Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien. Vertretungsbefugtes Organ: Präsident Dr. Harald Mahrer. Tätigkeitsbereich: Information Beratung und Unterstützung der Mitglieder als gesetzliche Interessenvertretung.
Chefredaktion: Dr. Christoph Schneider, Druck: Eigenvervielfältigung, Erscheinungsort Wien. Offenlegung: wko.at/offenlegung
Medieninhaber/Herausgeber: Wirtschaftskammer Österreich, Abteilung für Wirtschafts- und Handelspolitik, Leitung: Dr. Christoph Schneider, Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien, Tel: +43 5 90 900 4270, whp@wko.at, news.wko.at/whp